

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: W. Ranjer, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Kölnischen Park 2.

Inserate für die viergespaltene Beitzelle ober deren Raum 1 Ml.
Bergnügungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 50 Pfg.
Versammlungsanzeigen 30 Pfg.

Die Annahme der Vereinbarung.

Bei den in Nürnberg geführten Verhandlungen haben unsere Verbandsvertreter keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie von den Zugeständnissen, zu welchen sich die Vertreter des Arbeitgeber-Schutzverbandes nach zähem Widerstreben endlich bequemen, durchaus nicht befriedigt waren, und am Schluß haben sie sehr nachdrücklich erklärt, daß sie die Annahme der Vereinbarung von der Zustimmung der Mitglieder abhängig machen müßten. Diese Zurückhaltung war sachlich durchaus gerechtfertigt. Die Arbeitgeber hatten die Verhandlung über eine Reihe von Forderungen, die von unserer Frankfurter Städtekonferenz aufgestellt worden war, von vornherein abgelehnt, obwohl es sich dabei zum Teil um Fragen handelte, deren Regelung im Interesse des Gewerbes äußerst wünschenswert wäre. Aber auch in der Hauptforderung, der Erhöhung der Teuerungszulagen, war das mit Mühe und Not herausgepreßte Zugeständnis unzulänglich.

Unsere Forderung nach einer sofortigen Zulage von 30 Pfg. für männliche und 20 Pfg. für weibliche und jugendliche Arbeiter war ein Kompromiß. Von vielen Seiten war in Frankfurt verlangt worden, weitergehende Forderungen zu erheben. Die Konferenz war überzeugt, daß die bescheidene Forderung, die schließlich erhoben wurde, auch voll bewilligt werden würde. Die Preise für die notwendigen Lebensbedürfnisse sind seit der letzten Vereinbarung vom 27. November 1917 ungeheuer gestiegen, und sie klettern weiter mit einer so unheimlichen Schnelligkeit, daß das Maß der geforderten Lohnerhöhung hinter dem tatsächlichen Bedürfnis weit zurückbleibt, ganz abgesehen davon, daß die feitherige Lohngestaltung in gar keinem Verhältnis zu der Preisentwicklung in der Kriegszeit steht.

Bei dieser Lage der Dinge war es vorzuziehen, daß sich auf der Städtekonferenz in Berlin, die am 2. September zusammentrat, ein starker Widerstand gegen die Annahme der Vereinbarung geltend machen würde. Das ist auch eingetreten. Die Konferenz in Berlin hatte im wesentlichen die gleiche Zusammenfassung wie die am 29. Juli in Frankfurt a. M. abgehaltene. Doch waren diesmal nur Orte geladen, an denen der Arbeitgeber-Schutzverband vertreten ist, wobei auf die Zuziehung unbedeutender Orte verzichtet wurde. Von 170 Schutzverbandsorten waren 94 auf unserer Städtekonferenz durch 102 Delegierte vertreten.

Die Stimmung der Delegierten war von vornherein geteilt. Einmütigkeit herrschte allerdings darin, daß die Zugeständnisse unzulänglich seien, aber die Auffassungen darüber, ob man die Vereinbarung trotz ihrer Unzulänglichkeit annehmen oder ob man sie ablehnen soll, gingen auseinander. Für die Ablehnung traten vornehmlich die Vertreter einiger großen Städte, mit besonderem Nachdruck die Delegierten aus Hamburg, Stuttgart und München, ein. Verschiedentlich wurde der Ansicht Ausdruck gegeben, daß man die materiellen Zugeständnisse als Aufschlagszahlung annehmen, aber zur Erlangung weiterer Zugeständnisse in neue Verhandlungen eintreten möge. Dieser Ausweg war aber praktisch nicht gangbar. Die Aufnahme neuer Verhandlungen hätte bedeutet, daß sich die Arbeitgeber der Verpflichtung, eine sofortige Zulage zu zahlen, entziehen gefühlt hätten. Sie hätten zur Folge gehabt, daß sich die Gewährung der dringend notwendigen Zulagen zum mindesten um einige Wochen verzögert hätte. Wenn auch in einer erheblichen Anzahl von Städten örtliche Zugeständnisse vereinbart sind, die nicht wohl rückgängig gemacht werden können, so wären doch durch das weitere Dinauszögern des Abschlusses die Kollegen in der weit überwiegenden Zahl von Städten betroffen worden, in denen es zu einer örtlichen Vereinbarung nicht gekommen ist und die Unternehmer sich nur mit Widerstreben der getroffenen Vereinbarung fügen dürften.

Als Gründe für die Ablehnung der Vereinbarung wurde neben dem tatsächlichen Bedürfnis, das zu erweisen wohl kaum noch erforderlich ist, besonders darauf hingewiesen, daß bei den örtlichen Verhandlungen verschiedentlich schon mehr bewilligt wurde als das Ergebnis der zentralen Vereinbarung, und daß die örtlichen Zugeständnisse überall nur als Aufschlagszahlung gedacht waren. Die Arbeitgeber haben bei den örtlichen Verhandlungen durchgängig zu erkennen gegeben, daß sie mit weit höheren Zugeständnissen bei den zentralen Verhandlungen rechneten. Dieses Argument ist nicht neu, es ist von der Verhandlungskommission in Nürnberg immer wieder mit dem größten Nachdruck, aber ohne den gewünschten Erfolg ins Feld geführt worden.

Es waren übrigens nicht nur Vertreter der großen Zentren, welche die Ablehnung der Vereinbarung wegen der unzulänglichen Teuerungszulagen forderten; in dem gleichen Sinn äußerten sich auch Vertreter aus Kleinstädten. Hierbei ist es bemerkenswert, daß die Klagen über zu geringe Löhne und ungenügende Zulagen aus kleineren Orten in solchen Gegenden kamen, die in dem Ruf stehen, daß sie noch reichlich mit Nahrungsmitteln versorgt seien. Diese Delegierten klagen, daß die städtischen Samstier, die diese vielgerühmten Gebiete überfluteten, die Lebensmittelpreise ungeheuer gesteigert hätten. Dabei seien die Bewohner jener Kleinstädte, soweit sie nicht

Selbstversorger sind, noch ungünstiger gestellt als die Einwohner der Großstädte, denn häufig würden auch die rationierten Lebensmittel nicht verteilt. Also auch aus den kleinen Städten wurde sehr energisch das Verlangen nach höheren Löhnen erhoben.

Recht übel vermerkt wurde auch, daß die in Frankfurt erhobenen Forderungen nach Erhöhung der Zuschläge für Ueberstunden und für örtliche Montagen sowie die Sicherung eines erhöhten Verdienstes bei Akkordarbeit in der Vereinbarung unberücksichtigt gelassen sind. Von anderer Seite wurde aber betont, daß es sich hierbei um Fragen handelt, bei denen der Selbsthilfe der einzelnen Kollegen ein weiter Spielraum gegeben ist. Wenn die erhöhte Anstrengung bei Akkordarbeit nicht gewährt wird, dann bleibt es dem einzelnen oder den Kollegen in den fraglichen Betrieben freigestellt, die Akkordarbeit zu verweigern. Auch durch die Weigerung, örtliche Montagetagearbeiten ohne entsprechenden Zuschlag auszuführen, dürften sich die Unternehmer genötigt sehen, im Einzelfall das zugestehende, was bei den zentralen Verhandlungen abgelehnt wurde. Die Leistung von Ueberstunden ist infolge der unzureichenden Löhne stärker in Uebung gekommen, aber das ist ein Mißstand, der energisch bekämpft werden muß. Die elenden Ernährungsverhältnisse müssen dazu führen, die Arbeitszeit noch weiter zu verkürzen. Ist doch die normale Arbeitszeit schon viel zu lang; die Leistung von Ueberstunden ruiniert den Körper vollends. Unter diesem Gesichtspunkt ist es, wie auf der Konferenz auch ausgeführt wurde, vielleicht gar kein so großes Unglück, daß die Erhöhung des Ueberstundenzuschlages abgelehnt wurde. Es steht zu erwarten, daß dadurch die Ueberstunden eine Verminderung erfahren.

Der Umstand, daß die Arbeitgeber es abgelehnt haben, die Termine für die Regelung der Arbeitszeit gemäß der Vereinbarung vom 27. November 1917 gelegentlich der zentralen Verhandlungen zu vereinbaren, kann auf das Streben unserer Kollegen, eine kürzere Arbeitszeit möglichst schnell herbeizuführen, nicht hemmend wirken. Nach der Vereinbarung vom 27. November 1917 soll die Regelung der Arbeitszeit nach der Klasseneinteilung am 15. Februar 1920 überall durchgeführt sein, und Aufgabe der örtlichen Parteien ist es, sich über die Termine zu verständigen. Auf Grund früherer Beschlüsse herrscht bei den Parteien Uebereinstimmung, daß in dieser Frage die Zentralvorstände die endgültige Entscheidung treffen, wenn am Ort eine Verständigung nicht zustande kommt. Der Zweck unserer Forderung war es, diese Regelung, die zum Teil bereits erfolgt ist, jetzt endgültig zu treffen. Nachdem unser Vorschlag abgelehnt ist, müssen die Kollegen in den in Betracht kommenden Städten an ihre Unternehmer herantreten. Den Zentralvorständen wird dadurch etwas mehr Arbeit verursacht, die Erledigung der Angelegenheit braucht aber deshalb keine Verzögerung zu erleiden. Von mehreren Seiten wurde auf der Konferenz die Ziffer 10 der Vereinbarung: „Vor dem 1. April 1919 dürfen keine neuen Forderungen gestellt werden“, beanstandet. Hier handelte es sich aber offenbar um ein Mißverständnis, das im Laufe der Aussprache genügend geklärt sein dürfte.

Aus der auf der Konferenz gepflogenen Diskussion konnte man den Eindruck gewinnen, daß der Krieg mit seinen Begleiterscheinungen auf die Kollegenschaft in recht verschiedener Weise gewirkt hat. Ein Teil der Kollegen leidet körperlich und seelisch schwer unter den Kriegswirungen. Wenn man in Erwägung zieht, daß in der Hauptsache die weniger widerstandsfähigen Kräfte in der Heimat zurückgeblieben sind, dann begreift man, daß es den Betroffenen schwerfällt, die erforderliche Energie aufzubringen, um den mannigfachen Widerwärtigkeiten entschlossen entgegenzutreten. Je nach der Veranlagung des einzelnen wird geklagt oder gescholten. Statt selbst kräftig Hand anzulegen, wartet man auf die Hilfe von oben. In bezug auf die Regelung der Arbeitsbedingungen und die Milderung der Ernährungs-schwierigkeiten also auf die Zeitung der Gewerkschaften. Man ist enttäuscht, wenn von dieser Seite hochgespannte Erwartungen nicht befriedigt werden können, weil man die entgegenstehenden Schwierigkeiten nicht beachtet oder unterschätzt. Daher resultiert eine Verdrossenheit, die der Arbeitersache schädlich ist.

Bei einer Bewegung wie der gegenwärtigen hat die Verbandsleitung schwere Aufgaben zu lösen, und auf der Konferenz wurde auch wiederum ausgesprochen, daß die vom Verbandsvorstand geleistete Arbeit volle Anerkennung verdiene. Diese Tätigkeit kann aber nur den gewünschten Erfolg zeitigen, wenn sie nicht nur von den Ortsverwaltungen, sondern auch von der gesamten Kollegenschaft verständnisvoll unterstützt wird. Daran mangelt es jedoch verschiedentlich. Zu dem eben gekennzeichneten Teil der Kollegen, der von einer gewissen Apathie erfaßt ist, kommen noch die vielen reklamierten Soldaten, die sich in der Bahnehmung ihrer Interessen Zurückhaltung aufzuerlegen, um der ihnen andernfalls drohenden Wiedereinberufung zu entgehen. Es ist begreiflich, daß die energische Durchführung einer Bewegung sehr erschwert ist, wenn man mit vielen solchen Kollegen rechnen muß.

Nun hat aber die Städtekonferenz in Berlin gezeigt, daß wir auf dem besten Wege sind, dieses hemmende Stadium zu überwinden. Die reklamierten Kollegen haben vielfach schon ihre Scheu abgelegt. Der Druck der Not in der Heimat ist so groß, daß die Drohung mit dem Schlingengraben ihren Schrecken verloren hat. Die Kollegen haben ihre alte Spannkraft wiedergefunden und treten wieder entschlossen auf die Schanzen, um ihre wirtschaftlichen Interessen wahrzunehmen. Ihr Beispiel wirkt anfeuernd auf die Launen und Zaghaften. So sehen wir denn, daß in vielen Orten der alte Kampfgeist der Holzarbeiter wieder lebendig geworden ist. Dieser Zustand ist jedoch noch nicht überall erreicht. Das erklärt es, daß die Stimmung der Kollegen, die in den Aufstellungen der Delegierten ihren Widerhall fanden, in den verschiedenen Orten nicht gleichmäßig ist. Es steht aber zu erwarten, daß die Berichte von der Städtekonferenz auch dort anfeuernd wirken werden, wo eine Ermunterung noch notwendig ist.

Als die Aussprache über die Vereinbarung nahezu erschöpft war, wurde der Konferenz mitgeteilt, daß die gleichzeitig tagende Generalversammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes, nachdem sie der Vereinbarung zugestimmt hatte, geschlossen worden sei, und daß sich die Delegierten zerstreut hätten. Dadurch war die Möglichkeit, sofort noch einmal in Verhandlungen einzutreten, entfallen, abgesehen davon, daß der Arbeitgeber-Schutzverband einem dahin zielenden Versuch auch wohl schwerlich entsprochen hätte. Tatsächlich waren ja auch alle Verhandlungsmöglichkeiten in Nürnberg völlig erschöpft worden. Bei der alsdann vorgenommenen Abstimmung wurde die Vereinbarung mit 61 gegen 30 Stimmen angenommen.

Die Nürnberger Vereinbarung hat also von beiden Seiten Zustimmung gefunden und ist somit in Kraft getreten. Der Umstand, daß bei uns eine erhebliche Widerheit dagegen gestimmt hat, verdient aber volle Beachtung. Die Vereinbarung befriedigt einen sehr erheblichen Teil unserer Kollegen nicht, und die nächste Gelegenheit wird wahrgenommen werden müssen, weitere, den Verhältnissen entsprechende Zugeständnisse zu erlangen. Zunächst müssen jetzt die Vereinbarungen durchgeführt werden. Hierbei werden es unsere Kollegen nicht an den nötigen Entschiedenheit fehlen lassen. Abgeschlossen ist die Vereinbarung mit dem Arbeitgeber-Schutzverband, wir müssen sie aber bei allen Arbeitgeberorganisationen des Holzgewerbes zur Anerkennung bringen und sie in allen Betrieben, die Holzarbeiter beschäftigen, durchführen. Die Vereinbarung gilt für alle Arbeiter und Arbeiterinnen des Holzgewerbes. Die Zulagen müssen auch den Hilfsarbeitern und den Hilfsarbeiterinnen gezahlt werden, und auch für sie gelten die vereinbarten Mindestlöhne.

Für die nächsten Monate wartet der deutsche Holzarbeiter ein schweres Stück Arbeit. Die Vereinbarung muß nicht nur durchgeführt werden, wir müssen zugleich auch die Vorbereitungen für unsere nächste Lohnbewegung in Angriff nehmen. Da kann man Niedererschlagenheit und Laune der Kollegenschaft nicht brauchen. Die Kollegen müssen sich bemühen, diesen bösen Geist, wo er noch vorhanden ist, zu bekämpfen. Mit klarem Auge müssen wir die Verhältnisse betrachten. Was der Augenblick erfordert, muß geschehen, aber die Bedürfnisse einer späteren Zeit müssen gebührend berücksichtigt werden. Dabei wollen aber die Kollegen dringend beachten, daß das erste Erfordernis für den Erfolg Selbstvertrauen ist. Es kann nicht die Aufgabe der Verbandsleitung sein, eine Bewegung hervorzurufen, aber wo sie verlangt wird, um leitend und regelnd einzugreifen, wird sie, wie stets, zur Stelle sein. Die Kollegen, die geglaubt haben, der Zeitpunkt, zu welchem neue Forderungen gestellt werden dürfen, sei mit dem 1. April 1919 zu weit gegriffen, werden, wenn sie nun ans Werk gehen, bald erkennen, daß die Monate, die uns von diesem Termin trennen, noch sehr gründlich ausgenutzt werden müssen, um eine Bewegung vorzubereiten. Aber geschieht dies mit der notwendigen Umsicht, dann dürfen wir hoffen, daß uns die Lohnbewegung im nächsten Frühjahr bessere Ergebnisse bringt.

Die Städtekonferenz gegen Schleichhandel und Wucher.

Eine Rundgebung zur Lebensmittelnot und gegen Schleichhandel und Wucher stand von vornherein nicht auf der Tagesordnung unserer Städtekonferenz, es wurde aber darüber verhandelt, weil diese Frage geradezu in der Luft liegt. Delegierte aus den verschiedensten Teilen des Reiches waren, unabhängig voneinander, von ihren Zahlstellen beauftragt worden, dieses Thema zur Sprache zu bringen.

Man leidet eben überall unter den Ernährungs-schwierigkeiten. Die rationierten Lebensmittel schmecken nicht vor dem Hunger, und der Schleichhandel, der auch die Arbeiter nicht entbehren können, fordert Wucherpreise, die in schroffem Mißverhältnis zu den Löhnen stehen. Dazu kommen

die Preissteigerung und der Wucher bei allen anderen Lebensbedürfnissen.

Die unzulängliche Teuerungszulage lenkt notwendig den Blick darauf, daß die dadurch erzielte Lohnsteigerung uns nicht einmal zugute kommt.

Die Not ist riesengroß, und die ausgemergelten Gestalten der Arbeiter zeigen, daß sie mit ihrer Widerstandskraft am Ende sind.

Die Menge der zur Verfügung stehenden Lebensmittel ist an sich gering.

Das zu erreichen, war der Zweck der von unserer Städtekonferenz veranstalteten Kundgebung.

Die wahnwitzige Steigerung der Preise für alle Lebensbedürfnisse, der Mangel an Nahrungsmitteln, die Herrschaft des Schleichhandels und des damit in Verbindung stehenden Wuchers haben Zustände geschaffen, die für die Arbeiterschaft unerträglich sind.

Die von den Unternehmern widerwillig und in unzureichendem Maße gewährten Teuerungszulagen vermögen nicht zu verhindern, daß die Lebenshaltung der Arbeiter immer tiefer sinkt.

Die behördlich zugewiesenen Lebensmittel reichen zur Ernährung nicht aus, trotzdem ein immer größerer Teil des Lohnes dafür aufgewendet werden muß.

Die Arbeiter sind, wollen sie nicht verhungern, gezwungen, den Schleichhandel in Anspruch zu nehmen und ungeheure Preise für die notwendigsten Nahrungsmittel zu zahlen.

Die von der Regierung erlassenen Gesetze und Verordnungen gegen Schleichhandel und Wucher fassen das Uebel nicht an der Wurzel.

Die Arbeiterschaft ist körperlich schon dermaßen heruntergekommen, daß unvorstellbar etwas geschehen muß, ihren Zusammenbruch zu verhindern.

Die zu einer Konferenz in Berlin versammelten Städtevertreter des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes beauftragen den Verbandsvorstand, die nötigen Schritte zu unternehmen, um eine gemeinsame Aktion aller Gewerkschaften in die Wege zu leiten.

Das weitere ist an die Reichsregierung das Dringende anzugeben zu richten, endlich mit der wirklich ernsthaften Bekämpfung des Schleichhandels und des Wuchers auf allen Gebieten zu beginnen und dafür Sorge zu tragen, daß eine gerechte Verteilung der vorhandenen Lebensmittel erfolgt.

bracht; nun ist der Zeitpunkt gekommen, an dem sie, durch die Not getrieben, ihre Forderungen an die Staatsgewalt mit Ernst und Nachdruck erheben muß.

Bemerkte sei hierzu noch, daß die vorgeschlagene Aktion zur Verkürzung der Arbeitszeit von der Städtekonferenz nicht als ein Schritt aufgefaßt wird, der sich gegen die Unternehmerschaft richtet.

Die Generalversammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes zur Nürnberger Vereinbarung.

Nach dem in der „Fachzeitung“ veröffentlichten Bericht hat die Generalversammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes am 2. September die Nürnberger Vereinbarung mit Allen gegen eine Stimme angenommen.

Diese Erklärung macht einige Bemerkungen notwendig. Die Ausrechnung der in letzter Zeit gewährten Teuerungszulagen war am Schluß der Nürnberger Verhandlungen noch Gegenstand ernster Auseinandersetzungen.

Nach der im Reichsamt des Innern getroffenen Vereinbarung sind vor dem 15. November 1918 gewährte Teuerungszulagen, die nicht auf einer schriftlichen oder mündlichen Vereinbarung der örtlichen Vertragsparteien beruhen, nicht anrechnungsfähig.

Der Wortlaut dieses Beschlusses lag in Nürnberg nicht vor, sein Inhalt war jedoch den Anwesenden bekannt, und man war einmütig der Ansicht, daß in Zweifelsfällen die örtlichen Schlichtungskommissionen im Sinne dieser Erklärung beschließen sollen.

Ueber die gesonderte Buchung der Teuerungszulagen ist in Nürnberg nur beiläufig gesprochen worden. Dagegen wurde die Angelegenheit in der erwähnten Sitzung der Zentralvorstände vom 12. Dezember 1918 ausführlich erörtert.

Die Arbeitervertreter erklären, daß diese Anweisung formell nicht beanstandet werden kann, es wäre aber richtig gewesen, wenn sich beide Parteien in dieser Hinsicht des Einflusses auf die Mitglieder enthalten hätten.

Von den Arbeitgebern wird dazu bemerkt, die Sonderbuchung habe den Zweck, den Arbeitgebern in jedem Falle die Möglichkeit zu sichern, die Teuerungszulage später wieder abzubauen, wie es im Reichsamt des Innern zugestanden worden sei.

Mit dieser Vereinbarung steht es im Widerspruch, wenn man den Arbeitgebern empfohlen wird, unter allen Umständen die Teuerungszulage besonders zu buchen.

Soziales.

Neue Ermittlungen über die Mietsteigerungen.

DWA. Der Deutsche Wohnungsausschuß hat vor kurzem bei einer Reihe von Organisationen, die ihm als Mitglieder angeschlossen sind, eine Umfrage veranstaltet über Umfang und Art der neueren Mietsteigerungen und über die Wirksamkeit der bestehenden Mieterschutzrichtungen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

In Lam (Gau München) wurde eine neue Zahlstelle gegründet.

Mit dem Erscheinen dieser Setzungsnummer ist der 37. Wochenbeitrag für das Jahr 1918 fällig geworden.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

677023 Rich. Thiele, Eschl., geb. 6. 9. 78 zu Magdeburg, 733493 Wilh. Horn, Eschl., geb. 2. 12. 65 zu Wesel.

Im Monat August gingen von nachverzeichneten Zahlstellen folgende Beiträge ein:

Gau Danzig: Graudenz 60 M., Gumbinnen 80, Insterburg 210, Königsberg 800, Memel 1000, Ruj 260, Stalp 1000 M.

Gau Stettin: Grevesmühlen 18 M., Neubrandenburg 80, Rostock 2000, Schwerin 350, Stettin 600, Stralsund 250, Teterow 36,55, Warnemünde 100, Wismar 300, Wolgast 100 M.

Gau Breslau: Uguetendorf 100 M., Breslau 2100, Deutsch-Lissa 150, Freiburg 400, Glogau 50, Görlitz 1000, Grünberg 250, Hirschberg 230, Langenöls 500, Stegnitz 300, Riesky 250, Schweidnitz 500, Striegau 40 M.

Gau Berlin: Berlin 36 000 M., Brandenburg 2000, Cottbus 250, Eberswalde 100, Königswusterhausen 400, Landsberg 400, Ludenwalde 500, Lübbenau 140, Neuenhagen 60, Neuzelle 128,40, Nowawes 200, Potsdam 1000, Rathenow 250, Schneidemühl 3000, Spremberg 350, Teltow 150, Wittenberge 150 M.

Gau Dresden: Altenberg 50 M., Colmnitz 100, Cunnersdorf 900, Dresden 137,90, Eppendorf 700, Geringswalde 1100, Glashütte 200, Großenhain 250, Großhrehndorf 100, Großschönau 150, Königstein 350, Kößgenbrada 600, Leisnig 475, Liebenwerda 2,60, Marienberg 230, Reichenau 900, Mühlberg 500, Neugersdorf 220, Neuhausen 500, Riesa 40, Pirna 400, Rabenau 800, Radeberg 300, Schmiedefeld 56, Waldheim 500 M.

Gau Leipzig: Auerbach 110 M., Buchholz 62, Chemnitz 1500, Crimmitschau 80, Eisenberg 150, Eiserfeld

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen

Erstklasse. (Kleinerer Verein auf Gegenseitigkeit.) Hamburg. Im August sandten Ueberschüsse ein: Ohligs 800 Mk., Hamburg I 250, Troisdorf, Hannover je 200 Mk. Summa 1450 Mk.

Zuschuß erhielten: Offenbach 200 Mk., Altenburg 175, Leipzig 150, Barmen, Barmbeide, Bürgel, Wald, Bochum je 100, Wölpe 75 Mk. Summa 1100 Mk.

J. u. L. M a s m a n n, Hauptkassierer.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter, Hamburg.

(Kleinerer Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit in Hamburg.) Einnahme im August. Ueberschuß sandten ein: Berlin E 500, Düsseldorf, Erlangen, Stettin je 300, Blankenburg i. Thür., Erfurt, Hamburg II, Custrisch, Neu-Ruppin, Neustadt a. d. S., Dettingen, Starnberg, Ulm, Weinheim, Wilsdruff je 200, Spandau 181,50, Hamburg IV, Ladenburg, Forz je 150, Ilmenau 140, Schw.-Hall 120, Wehlheiden 100,45, Altenstadt, Enderich, Kirchdittmold, Cosmannsdorf, Dobritz, Friedberg, Gera, Gröbgingen, Gröblich, Kabel, Leipzig I, Gonsenheim, Offen- burg, Rawitsch, Neutlingen, Wangen, Billingen, Zwickau je 100, Schaala 93,22, Rottweil 60, Burgdorf, Coburg, Freiburg i. Schlef., Herda, Jeksch, Theissen, Urach, Volk- stedt je 50, Unterböbgingen 20 Mk.

Summe der Ueberschüsse 6965,17 Mk. Beiträge von Einzelmitgliedern 1925,35 " Eintrittsgeld von Einzelmitgliedern 440 " Sonstige Einnahmen 63,35 " Gesamteinnahme 8958,27 Mk.

Ausgabe im August.

Zuschuß erhielten: Plagwitz 800, Lindenan, München I je 600, Dresden-N., Kl.-Fischer je 500, Chemnitz, Gelsen- kirchen, Mainz, Offenbach I, Stuttgart je 400, Nieder-Zwehren 350, Barmen, Reinickendorf, Breslau, Bickendorf, Elberfeld, Frankfurt I, Halle, Heilbronn, Kiel, Leutzsch, Stötterich, Volk- marsdorf, Lützenwalde, Meißen, Nied. Ohdruff, Sindlingen, Botnang, Gaisberg je 300, Grünweidensbach, Höchst, Pots- dam je 250, Alzenau, Schaffenburg, Vondorf, Bremen, Ehrenfeld, Quisburg, Durlach, Frankfurt II, Gotha, Hagen, Hardenburg, Heidelberg, Heidesheim, Kirchheim, Knaut- hain, Ludwigshafen, Ludenheim, Nordhausen, Reichenbach

i. Bogtl., Rheyd., Schleißheim, Schwenningen, Feuer- bach, Laubersbach, Ballendar, Biersen, Wilhelm- burg je 200, Brühl 170, Adlershof, Bielefeld, Dietes- heim, Erlangen, Wehringhausen, Hermsdorf, Hornberg, Kaiserlautern, Neumühlen, Schönefeld, Vorsbach, Lindeburg, Münster a. S., Neu-Isenburg, Rheingönheim, Untergrüne je 150, Bauen, Bernau, Böhlh.-Chrenberg, Burgstädt, Gr.- Ritte, Harleshausen, Dellbrück, Cronberg, Eisenach, Flörs- heim, Ködelheim, Friedrichsdorf, Friedrichshagen, Gausen, Herdecke, Hochenheim, Höhr, Homburg, Ruppur, Kellheim, Mödern, Alte Neustadt, Rosheim, Mühlheim a. M., Münder, Naumburg, Oldesloe, Pfauheim, Posen, Quittelsdorf, Sandersacker, Rogheim, Scheuditz, Schleusingen, Soden, Weitzhöchheim, Volkstedt, Wachenbuchen, Wesseling, Winkel, Wolmirstedt, Neuhansen, Zeulenroda je 100, Kahla 80, Gold- lauter 75, Bruchsal 60, Striegau, Taucha je 50 Mk.

Summe der Zuschüsse 24385,- Mk. Krankengeld an Einzelmitglieder 1790,99 " Sterbegeld an Einzelmitglieder 93,50 " Kosten der Generalversammlung in Würzburg 20066,61 " Sonstige Ausgaben 4255,28 " Gesamtausgabe 50591,38 Mk. Gesamteinnahme 8958,27 Mk. Gesamtausgabe 50591,38 " Abnahme des Vermögens 41633,01 Mk. A. S u d, Hauptkassierer.

Sterbekasse für Frauen von Mitgliedern der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter (Kl. B. a. G.) in Hamburg.

Allgemeine Bestimmungen über die Wiederherstellung der Mitgliedschaft auf Grund der Bundesratsverordnung vom 20. Dezember 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 1121).

Sterbegeldversicherung.

§ 1.

Ist ein Mitglied nach dem 31. Juli 1914 aus der Sterbe- kasse für Frauen von Mitgliedern der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter (Kl. B. a. G.) in Hamburg ausgeschieden, so kann es nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen die Wiederaufnahme in die Sterbekasse für Frauen von Mitgliedern der Zentral- Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerb- licher Arbeiter verlangen.

§ 2. Die Wiederaufnahme muß bis zum Ablauf von sechs Monaten nach Beendigung des Krieges schriftlich beim Vor- stand beantragt werden. Für Mitglieder, die durch Kriegs- verhältnisse an der Einhaltung der Frist verhindert werden, endet die Frist erst sechs Monate nach dem Wegfall der Hindernisse. Die Wiederaufnahme erfolgt vom Tage der Absendung des Antrages an ohne Prüfung des Gesundheitszustandes. Stirbt das Mitglied nach Absendung des Antrages, gilt die Wiederaufnahme als erfolgt.

§ 3. Im Falle der Wiederaufnahme hat das Mitglied nachzu- zahlen:

- a) die rückständigen Beiträge; b) die seit dem Ausscheiden fällig gewordenen Beiträge; c) die beim Ausscheiden gewährte Abgangvergütung. Auf Verlangen des Mitgliedes sind die nachzuzahlenden Beiträge bis zu fünf Jahren zu stunden. Der Vorstand setzt die Höhe und die Fälligkeit der nachzuzahlenden Teilbeträge fest.

§ 4. Die Wiederaufnahme wird den Mitgliedern vom Vor- stand schriftlich bestätigt.

§ 5. Zahlt das Mitglied die schuldigen Nachzahlungen tro- Aufforderung des Vorstandes nicht, so treten die in der Satzung vorgesehenen Folgen ein.

§ 6. Die allgemeinen Bestimmungen finden, soweit sie günstiger sind als die Satzungen oder die bereits getroffenen Verein- barungen, auch Anwendung auf solche Mitglieder, denen aus Anlaß des Krieges bereits Stundung oder andere Erleichter- ungen zugestanden worden sind.

Genehmigungsurkunde.

Gemäß § 13 des Gesetzes über die privaten Versicherungs- unternehmungen vom 12. Mai 1901 (Reichs-Gesetzbl. S. 129) genehmigen wir die der Urkunde angehefteten, vom Vorstand der Sterbekasse für Frauen von Mitgliedern der Zentral- Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerb- licher Arbeiter in Hamburg aufgestellten Allgemeinen Be- stimmungen im Sinne des § 2 der Bekanntmachung über die Wiederherstellung von Lebens- und Krankenversicherungen vom 20. Dezember 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 1121). Berlin, den 8. August 1918. Das Kaiserliche Aufsichtsamt für Privatversicherung. J. B. W a g e n e r.

Gestorbene Mitglieder.

- Max Schmodt, Tischler, 38 J., gest. in Kiel. Hugo Schmidt, Tischler, 46 Jahre, gest. in Leipzig. Paul Thiel, Tischler, 37 Jahre, gest. in Leipzig. Emil Wunderlich, Tischler, 63 Jahre, gest. in Leipzig. Hermann Schumann, Pianoforte- tischler, 70 Jahre, gest. in Leipzig. Arthur Garnisch, Tischler, 53 Jahre, gest. in Leipzig. Herm. Reichelt, Pianofortetischler, 50 Jahre, gest. in Leipzig. Ernst Rikus, Tischler, 51 Jahre, gest. in Leipzig. Louis Spörhase, 64 Jahre, gest. in Barby. Friedr. Lamberts, 44 Jahre, gest. in Barby. Wilh. Schimpf, 40 Jahre, gest. in Lützenberg. Karl Müller, 70 Jahre, gest. in Lützenberg. Wilh. Barke, 79 J., gest. in Barby. Louis Reiz, 60 J., gest. in Bartoltsfelde. Claus Lange, Tischler, gest. in Stade. Paul Bojan, Korbmacher, 35 Jahre, gest. in Guben. Fritz Mierensfeld, Schreiner, 32 J., gest. in Köln. Oswald Reiter, 58 Jahre, gest. in Grünhainichen. Paul Schlegel, Stuhlauer, 36 J., gest. in Wittweida. Johannes Bichert, Tischler, 43 J., gest. in Kottbus. Christian Wolfinger, 64 Jahre, gest. in Urach. Karl Demrose, Tischler, 70 Jahre, gest. in Spandau. Josef Birke, Tischler, 58 Jahre, gest. in Breslau. Wilhelm Rihmann, Kassinenarb., 64 Jahre, gest. in Breslau. Robert Pech, Tischler, 50 Jahre, gest. in Breslau. Karl Geisler, Tischler, 52 Jahre, gest. in Breslau. Josef Szoncz, Tischler, 70 Jahre, gest. in Breslau. Hermann Riese, Knochler, 50 J., gest. in Breslau. Oskar Häbner, Tischler, 36 Jahre, gest. in Breslau. Josef Kugler, Tischler, 55 Jahre, gest. in Breslau.

Ehre ihrem Andenken.

Erfahrener und durchaus selbständiger Meister

und tüchtiger Helfer sucht für unsere Tischlerei und gesucht. Pankratz & Co. Holz (Hilfen).

Zehn Möbeltischler, auch Stuhl- ein Walter Hyan, Finsterwalde (N.-L.).

Einen Tischler, welcher an Maschine Tischler auf eigene Möbel für sofort stellt noch ein Carl Mewes, Sangerhütte.

Tüchtige Tischler auf Bureaumöbel für unsere Fabrik- n e u b a n sofort gesucht. Fr. Kahn, Bureau- möbelfabriken, Berlin, Brunnstraße 196.

Möbeltischler a. bessere Eichenmöbel und einige Tischler auf einf. Möbel finden sofort Arbeit. Hermann Schütte, Möbelfabrik, Leer (Ostfriesland).

Möbelschreiner für bessere Möbel Sonderwan, Düsseldorf, Friedrichstraße 26.

Einige tüchtige Tischler gesucht. Gebr. Heijig, Hamburg, Eilendorfsbrücke 7, II.

Wir suchen für unsere Holzwerkstatt einen energiegelichen, Werkmeister für dauernde sachkundig. Stellung. Nur solche, die bis jetzt einen derartigen Posten ausgefüllt haben, wollen genaue Angaben unter Angabe der Gehaltsansprüche und ehesten Ein- tritts einreichen an die Münchener Lagerhaus- Dampfbahn G. m. b. H. (vorm. C. Schmederer), München 8.

Tüchtige Arbeiter aus dem Holz- fach werden für unsere Leinwanderei sofort verlangt. Schuh- fabrik A. Dorndorf, Breslau, Reusticher Weg.

1 tüchtiger Bilderrahmen-Schreiner, 1 Bergolbergerhilfe sofort gesucht. Kunstgewerbliche Werkstätten Josef Thomas, Mannheim M4, I.

Junge Leute, welche Lust und Liebe haben, können solches erlernen unter guter, sachmännlicher Leitung bei Fr. Kahn, Bureau- möbelfabriken, Berlin, Brunnstraße 196.

Frauen für leichte Tischlerarbeiten zum so- fortigen Eintritt gesucht. Fr. Kahn, Bureau- möbelfabriken, Berlin, Brunnstraße 196.

Es werden noch einige tüchtige Brettschneider für Bollgatter in dauernde Stellung ge- sucht. Friedrich Germers- hausen, Altona-Dittensen, Lagerstraße 127.

Mehrere Korbmacher für Rohkörbe, sucht Thüringer Korbwaren-Fabrik Bolze & Co., G. m. b. H., Rudolfsstadt.

Einen Korbmachergehilfen sucht E. Seckgräf, Korbmachermeister, Zeitzow, Mecklenburg-Schwerin.

Tüchtiger Borarbeiter sowie einige energiegeliche Korbmacher (eventl. Kriegsschädigte) werden gesucht. Korbkunst Hilburghausen (Thüringen).

Tüchtige Bürstenmacher zum Wischen und Einziehen sucht Korbhaar- züchter Lederhaus Brud & Kassel, G. m. b. H., Frankenstein (Schlesien).

Zwei tüchtige Borstenzurichter für sofort gesucht. A. C. Steinbach, Kassel, Sobentorstraße 11.

Werkzeug-Neuheiten. Preislisten gratis und franko! Otto Bergmann, Berlin SO., Oppelhorstr. 31.

Hobelbank, gut erhalten, auch Tischlerwerkzeuge, zu kaufen gesucht. Beschaffenheit, Preis an A. L. Jahn, Berlin W57, Steinmetzstr. 32.

Westfälisches Süttenwerk hat einen Auf- 1000 qm Fenster trag auf etwa aus Kiefernholz zu vergeben. Angeb. unter C. D. 434 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbelen.

Geräuschlose Holzsole, nachgiebig, ohne Gelenke. Interessenten gesucht. Kaib, Frankfurt a. M., Werffstr. 12.

Sichere Existenz für kriegsbesch. Tischler. Ein gr. Laden, in welchem jahrzehntlang flotte Möbelhdg. betrieben wurde, ist unter günst. Bedingungen zu vermieten. Näheres durch E. Oswald, Buchdr., Kahla (S.-A.), Roßstr. 28.

Baritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe. Verwaltet vom Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiter-Verband.

Wochenbericht vom Sonnabend, 31. August, bis Freitag, 6. September 1918. A - Im Laufe der Woche besetzte Arbeitsstellen. B - Offene Arbeitsstellen. C - Gemeldete Arbeitslose am Schluß der Woche.

Table with columns: Ort, Tischler, Möbeltischler, Maschinenarbeiter, Polierer, Drechsler, Sonstige Branchen, Insgesamt. Rows include Berlin, Bremen, Breslau, Celle, Chemnitz, Gienburg, Gort, Hamburg, Hannover, Herford, Leipzig, Lübeck, and a summary row.

Korbwarengeschäft.

Mein seit 40 Jahren mit bestem Erfolg betriebenes Korbwarengeschäft, verbunden mit großer Werkstatt für Grünkorbbau, ist wegen Krankheit sofort zu verkaufen. - Weiden noch vorhanden. U. Fröbel, Stettin, Große Lastadie 72.

Wegen Erhöhung der Postgebühren ab 1. Oktober d. J. offeriere ich schon jetzt SPORTSCHLITTENKUFEN

Esche geb. 100 120 140 160 cm Holzlänge 4,- 4,50 5,- 5,75 Mk. für 1 Paar bis 200 cm Hleerbar. MAX WALTHER

Dresden 22, Relieffelder Strasse 51. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 34827.

Holzkaisten für Friedensartikel können dauernd große Polken in Auftrag geben. Es handelt sich hierbei auch um dauernde Beschäftigung in Friedenszeiten. Tischlereien werden gebeten, Offerten unter J. E. 7922 an Rudolf Mosse, Berlin SW., abzugeben.

TISCHLER-FACHSCHULE DETMOLD

Ausbildung zum Meister, Werkmeister und Zeichner in kurzfristigen Kursen. Besetzt von vielen Kriegsbeschädigten-Fürsorge- stellen-Auskunft durch die Direktion: B. Kollcher

Volkserzählungen von Colfoot, gebunden 80 Bf. Verlagsanstalt d. Deutschen Holzarbeiter-Verbandes